

Volkstimme

Einzelnnummer 40 7/8.

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S.

Bezirk Merseburg.

Erscheint jeden Freitag; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“

Nummer 250

Belegpreis: Monatslich 3 Mk., halbjährlich 15 Mk., vierteljährlich 8 Mk. 50 Pf. Durch die Post bezogen 70 Pf. Reklame im Preis der Zeitschrift. Druck: 3. 1921. Schluß der Abgabetermine für die nächste Ausgabe 2. 1921.

5. Jahrgang.

Anzeigenpreis: Das Millimeter im abgesetzten Satzgebiet kostet 70 Pf.; Reklame im Preis der Zeitschrift. Druck: 3. 1921. Schluß der Abgabetermine für die nächste Ausgabe 2. 1921.

Redaktion: Große Brauhausstraße 17, Halle a. S. Telefon-Nr. 6802. Erscheint samstags 11-12 Uhr.

Halle, Dienstag, den 25. Oktober 1921

Verlag u. Expedition: Dr. Ulrich, 27. Halle a. S. Telefon-Nr. 5407. Verkäuflicher Erlauf Nr. 11092

Keine Lösung in Aussicht.

Berlin, den 24. Oktober 1921.

Ein bürgerlicher Politiker sagte am Montag seine Meinung über die durch den Rücktritt des Kabinetts geschaffene Lage in den Satz zusammen: „Es sind alle Töpfe zerplatzt.“ So ist es in der Tat. Die klugen bürgerlichen Parteiführer sind nun dabei, die Scherben zusammenzuflicken und zu litten. Das fällt ihnen sehr schwer. Der Montag hat keine Lösung, sondern eher eine Verzögerung der Krise erfahren. Die Hauptorgane der Demokraten und der Deutschen Volkspartei ist die, wie sie gegenüber der realen Macht der Ententestaaten und in den Augen der deutschen Speisbäcker als aufrichtige deutsche Männer befehlen können. Sie wollen irgendeine Protokollnote an die Entente formulieren, die zwar keinen Deut an der Entscheidung in Oberösterreich ändert, aber als deutliche Protest in die Väter der Weltgeschichte übergehen soll. Die Sozialdemokratie hat zu einer Komödie in diesen tragischen Tagen keine Lust. Wir haben nichts dagegen, daß in der programmatischen Erklärung der neuen Regierung auch eine feierliche Nachbesserung gegen die Bevormundung Deutschlands enthalten ist. Nicht aber stimmen wir einer Protokollnote an die Ententeregierung zu, die höchstens den Erfolg einer schmerzlichen Zurückweisung haben würde. Die neue Regierung hätte dann gleich mit einem Mißerfolg außerparlamentarischer Natur vor dem Parlament. Das wäre ein toller Mißerfolg und nur ein Gewinn für nationalpolitische und monarchistische Kräfte. Die Parteien sollen sich doch nicht selbst etwas vormachen, Stimmen sie der Entscheidung von Reichsministern für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zu, so ist das auch die tatsächliche Anerkennung des Vorwurfs hat im Jahre 1871 gegen die Amerikaner. Ein Zwangsding durch das Deutsche Reich protestiert, aber nicht sich durch eine Protokollnote an Bismarck lächerlich gemacht.

Wiel wichtiger, als dieses Zwischenspiel, ist für uns bei den Verhandlungen die Steuerfrage. Aus der Festigkeit unserer Unterhändler werden die bürgerlichen Parteien gelernt haben, daß sie falsch kalkulieren, wenn sie glauben, uns rasch und bedingungslos in eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei hineinanzuführen zu können. Nachdem das Kabinett Wirth nun einmal gekürzt ist, müssen wir bei jeder Verhandlung, die auf die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei hinführt, die Steuerfrage aufrollen. Selbst wenn die Deutsche Volkspartei den Rückzug, den sie in der obersteilsten Frage anzutreten beginnt, bis zum Ende fortsetzt, kann ihr die klare Antwort auf unsere Steuerfragen nicht erpart bleiben. Hier liegen für die nächsten Tage noch große Schwierigkeiten. Wir haben ein und ein dabei, daß die Wiederkehr der alten Koalition unter Hinzuziehung oder fernere Wählern. Aber die Neutralität der Unabhängigen die einzige zu suchende Lösung der Krise ist. Es gibt sozialdemokratische Politiker, die noch an diese Möglichkeit glauben, jedoch sind die Ansichten nicht besonders groß.

Ein Geschäftsmann ist es als Ersatz für etwem, wie es der geschäftliche Herr Stegerwald nach pruzischen Vorbild erhebt, machen die Sozialdemokraten nicht mit. Bürgerliche Politiker, die ernst genommen werden möchten, treiben die Einfahrt, daß sie uns zumuten, einem Kabinett Gröner zuzustimmen. Dieser ehemalige Organistator der Reichsbahnen mag als Reichsminister am Platz sein, die Sozialdemokratie aber denkt nicht daran, den Generalquartiermeister Seiner Majestät zum Reichsminister zu machen.

Gefühlsregung der Bürgerlichen?

Über die getriggen Reaktionen des internationalen Ausmaßes beim Reichspräsidenten weiß die „Volkstimme“ in ihrer heutigen Morgenausgabe mitteilen, daß alle Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie an dem Bestreben beteiligt wären, eine möglichst geschlossene Front zu bewahren. Es sei eine formulierte Erklärung vorläufig vereinbart worden, die die Rechtsnormalung Deutschlands gegen die ungewisse und militärische Entscheidung in Oberösterreich in klarer Form zum Ausdruck bringt, aber die Entscheidung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zuzieht. Diese Formel wird heute den Fraktionen unterbreitet werden. Bei der Erörterung eine gemeinsamen außerparlamentarischen

Programms hätten sich erhebliche Gegensätze nur in den Steuerfragen ergeben. Über eine mittlere Linie habe man sich nicht einigen können. Man sei übereingekommen, die Forderungen der einzelnen Parteien den Fraktionen zur Kenntnis zu bringen und ihnen die Entscheidung zu überlassen. Das ist, glaubt aus verschiedenen Umständen schiefen zu dürfen, daß der Reichspräsident erneut Dr. Wirth mit der Kabinettsbildung beauftragen werde.

Die „konstitutionellen“ Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen geben sich wieder einmal sehr konstitutionell. Ihre Fraktion hat ohne Rücksicht auf den Aufbruch der Regierungsbildung die alsbaldige Einberufung des Reichstages verlangt. Wenn die Regierungsbildung nicht rechtzeitig gelinge, entstehe die Gefahr, daß der Reichstag zu der Frage der Benennung der Bevollmächtigten für die Verhandlungen nicht mehr rechtzeitig Stellung nehmen könne. Andererseits sei die einstweilige mit der Führung der Regierungsgeschäfte betrauten Mitglieder des bisherigen Kabinetts keinesfalls dazu berufen, über die Benennung der Bevollmächtigten ohne den Reichstag zu entscheiden.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsklub“ erklärt dazu, daß die parlamentarische Annäherung der Deutschnationalen auf einer Fraktion keinerlei Eindruck gemacht habe. Das gelte auch für die anderen Parteien außerhalb der Deutschnationalen und der Kommunisten. Wie sehr auch sonst die Meinungen auseinandergehen, darin sind sich die Fraktionen des Reichstages einig, daß der Reichstag erst einberufen wird, wenn eine genügende Klärung der Lage erreicht ist. Noch immer aber entscheidet die Mehrheit des Hauses und nicht der Wille der deutschmonarchistischen Partei. Da alle Fraktionen in Berlin versammelt sind, und täglich Sitzungen abhalten, kann die Vollversammlung des Reichstages, wenn es notwendig ist, innerhalb kürzester Frist zusammenberufen werden.

„Der König, der König gefangen“.

Die Monarchisten lassen ihren Monarchen im Stich.

Budapest, 24. Oktober. (Red. u. Ungar. Korresp.-Büros.) Nach einem neuerlichen Gesetzt wurden die Aufhänger gestrichelt. Ihre Führer mühten und überließen die Sorge für die Sicherheit der Person des Königs den Regierungstruppen. König Karl wurde unter den höchsten Formen der Debatte des Obersten Eisenbahn der Nationalarmee anerkannt. — Die Aufhänger zeigen bis ins Letzte. Sie haben die Hälfte ihres Kontingents eingebüßt. Die Bauernschaft hat auf der Linie Biogor-Sydenleher vor die Schienen aufgerissen, um ein Ausweichen der Aufhänger gegen Süden zu verhindern.

Budapest, 24. Oktober. (W. I. B.) Die Regierung stellt folgende Bedingungen: Bedingungslos Waffenstillstand. Die militärischen und politischen Ratgeber des Königs kommen vor das Kriegsgericht. Die Mannschaften werden entlassen und amnestiert. Der König dankt endgültig ab und wird in Ungarn interniert, bis die Frage seines Abtransports geregelt und sein endgültiger Aufenthalt von den Großmächten bestimmt ist. Die Antwort des Königs hierauf ist noch nicht erfolgt. — Der Rückzug der Königstruppen erfolgt planmäßig und die Aktion gilt als abgeschlossen. — Wie erlaubt, will die Regierung den König zur freiwilligen und endgültigen Thronabsetzung für sich und seinen Sohn zwingen.

Bern, 24. Oktober. (W. I. B.) Die Schweizerische Presse lehnt einmütig das Ansinnen für Entlassung Karl infolge seines Wortbruchs ab.

Die ungarische Regierung über den Putz.

Budapest, 24. Okt. (W. I. B.) Über das neue Unternehmen des Erbprinzen Karl berichtet das Ungar. Telekorr.-Büro folgende zusammenfassende Darstellung: Die ungarische Regierung erfuhr am Sonnabendmorgen, daß König Karl mit Königin Zita am Freitag in Debenburg angekommen war, die Ueberrahme der Königsgewalt proklamiert und eine Regierung unter Führung von Stefan Rakoczy ernannt hatte. Ministerpräsident Graf Bethlen berief den Ministerrat zusammen, der einen Beschluß faßte, demzufolge König Karl auf Grund des Artikels 1 des Verleges vom Jahre 1920 die Ausübung der Königsgewalt nicht übernehmen könne und daß das Land unverzüglich verläßt müsse. Die Regierung wurde in diesem Anstufnisse bekräftigt durch die Erklärungen der Budapester Vertreter der Großen und der Kleinen Entente. Ministerpräsident Graf Bethlen unterrichtete davon wiederholt den Vertretern

des Königs, Rakoczy, telephonisch und wies auf die unabwendbaren Folgen eines etwaigen Eingangs des Königs in Budapest hin. Doch antwortete Rakoczy stets mit Trübungen.

Die Regierung hat eine unmittelbare Verbindung mit dem König an. Um ihm den Ernst der Lage klarzulegen, entsandte sie Sonnabendabend den Außenminister Vass, der ein Schreiben des Reichserzherzogs Dorthy überbrachte, in dem sich der Reichserzherzog auf die Vaterlandsliebe des Königs berief und ihn zu bewegen suchte, das Land nicht ins Verderben zu stürzen. Derselben Schreiben war auch die Note der Entente beigelegt. Das wurde nicht zum König vorgelesen.

Inzwischen setzten die aufständischen Truppen den Vormarsch gegen Budapest unter Führung des Obersten Lehar und des Majors Ethenburg fort. Die Regierung wollte sie ohne Unterbrechung aufhalten und ließ daher die Schienen aufreißen, die jedoch durch die Ethenburgische Vorhut wiederhergestellt wurden. So erreichten die Aufhänger Budapest, die Regierung war daher gezwungen, energische Maßnahmen anzunehmen. Nach einem erfolglosen Versuch, bei Budapest wurden wieder friedliche Mittel versucht, und General Hagedués, der sich in der Umgebung des Königs befand, wurde nach Budapest gebeten, um sich persönlich von der Lage zu überzeugen.

In Budapest wurde General Hagedués in Anwesenheit des Ministerpräsidenten durch den englischen Grafen Hoher über den Standpunkt der Entente und der Kleinen Entente unterrichtet. Der Ministerpräsident bat ihn, dem König wahrheitsgetreu zu berichten und ihn zur Änderung seines Beschlusses zu überreden. Hagedués hatte zum König zurück. Da jedoch keine Antwort erfolgte, wurden militärische Maßnahmen getroffen, um die Gefahren eines Handreichs abzumehren. Die Regierung schied die Verantwortung dafür denjenigen ab, die bereit waren, aus selbstthätigen Gründen das Vaterland in den Abgrund zu stürzen.

Internationales Bekenntnis zur Republik.

Angeichts der wachsenden Bedrohung der republikanischen Verfassung durch die monarchistische Konterrevolution haben die Parteivorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei, der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, der Sozialdemokratie Deutsch-Oesterreichs, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands sich auf folgende Erklärung geeinigt:

Das gemeinsame Interesse des gesamten Proletariats der deutschen Republik, der Tschechoslowakei und Oesterreichs gebietet, die Aufrechterhaltung und Sicherung der republikanischen Staatsform mit allen parlamentarischen und konstitutionellen Mitteln. Die Parteileitungen erwarten einmütig von den politischen Vertretern der Arbeiterparteien den Einfluß ihrer ganzen parlamentarischen Macht dafür, daß alle monarchistischen Zetteln abgemehrt und die Regierungen für jede Unterlassung oder Duldung gegenüber Angriffen, die den Bürgerkrieg zur Folge haben müssen, verantwortlich gemacht werden.

Die erwarteten andererseits, daß die arbeitenden Massen selbst die ganze Kraft ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisation bereit stellen, um sich gegen die Wiederkehr der mit dem Siege des Krieges belagerten Dynastien und gegen die Wiederherstellung des Militarismus und des Systems politischer und sozialer Unterdrückung zu wehren.

Die unterzeichneten Parteileitungen werden zu einmütiger Uebereinstimmung in klärender Tätigkeit stehen. Sie richten zugleich an alle sozialistischen und Arbeiterparteien der Welt den Appell, das Proletariat der zunächst bedrohten Länder in seinem Verteilungsschlange zu unterstützen, und erinnern insbesondere die Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens an ihre erhöhte Verantwortung, die offensichtlich diese Reparationsverluste von der offiziellen Politik ihrer herrschenden Klassen getragen sind.

600 Tote in Oppau, aber die Aktien steigen.

Daß mit den 600 Toten in Oppau ein Geschäft zu machen ist, wird dem Leser wohl nicht einleuchtend über es ist so. An der Wollfabrik Millin und Söhne, in deren Aktien die Explosion stattfand, sind alle Besitzschaften des Millin-Konzerns beteiligt. Diese großkapitalistische Interessengemeinschaft verfügt über mehr als 1/4 Milliarden Aktienkapital. Der Kurs der Aktien aller beteiligten Gesellschaften stand an der Börse weit über 100 Prozent. Der durch die Explosion verursachte Schaden wird auf 700-800 Millionen Mark bewertet, was 14 bis 16 Prozent des insolventen Gesamtkapitals betragen würde. Sehr stellt es sich heraus, daß die Katastrophe für die beteiligten, obgleich mit reichem Gewinn geendet, Kapitalisten ein neues Geschäft werden wird: die Kurse der Millin-Aktien zeigen an der Börse eine starke Aufwärtsbewegung.

Das Unglück der Arbeiter von Oppau wird also zu einem glänzenden Geschäft für das Kapital. Am 21. Sept. spielte sich die Explosion ab, am 3. Oktober meldete die „Frankf. Sta.“: „Börsliche Millin 570 (d. h. eine erschöpfte Steigerung), man folgert aus den Auslegungen Dalsbørgs, daß die Perikulation von Oppau eine hohe Milliarde kosten werde, es ist so u. a. m. etc. In 2 Tagen nach der Explosion, daß der Millin-Konzern damit Gelegenheit bekommen werde zu einer neuen Kapitalserhöhung und „also zu einem neuen glänzenden Besugszrecht“.

Um die Ertragslofen für das Unglück aufzubringen, die ungefähr eine Milliarde betragen, müssen neue Aktien ausgegeben werden. Bei dieser Gelegenheit bekommen die über die ganze Sache hochinteressante Besitzer der Aktien Besugzrechte zu viel niedrigeren Kurs, als der Kurs für die neuen Aktien beträgt. Wer jetzt alle Aktien kauft und die mit ihrer Hilfe bezogenen neuen Aktien mobilisiert, abnimmt, kann in kurzer Zeit die Differenz zwischen dem Kurs der Ausgabe der neuen Aktien und dem Kurs, zu dem die alten Aktienäre sie bekommen haben, einkassieren. Stegenwolds Zeitung „Der Deutsche“ meint:

„Das ist die Spekulation der Börse, daß es die Angst des Konzerns ist, ist noch nicht gelagt. Wir wollen es nicht hoffen. Immerhin scheint es dringend notwendig zu warnen. Ein solches Verfahren müßte allen Gegnern der kapitalistischen Wirtschaft Wasser aus die Mägen treiben, und die berechtigte Erregung darüber würde sich nicht dämpfen lassen. Ist es denn nicht unerhört, daß das ganze Volk aufgerufen wird, Gaben für die Opfer zu sammeln — und die genau zu deren Verpflegung verpflichtet werden die Kapitalisten zu einem glänzenden Geschäft?“

„Wo Gelegenheit zu einem glänzenden Geschäft“ ist, greifen die Kapitalisten stets lustig zu. Sie können ja nachher zum Gedächtnis an die 600 Toten, denen sie den Gewinn verdanken, dankbar einige Gläsern leeren.

Preussens Finanzen.

Im Hauptausfluß des Preussischen Budgets wurde am Montag der Haushalt des Finanzministeriums und der allgemeinen Finanzverwaltung beraten. Finanzminister Sämisch leitete die Beratung ein durch eine längere Rede über die allgemeine Lage und über seine Stellung zu den schwebenden Wirtschaften und Finanzfragen.

Aus dem Rechnungsausfluß für 1920 ist ein Defizit von 800 Millionen zu entnehmen, welches aber durch nachträgliche Ueberweisungen in der Einmalige abgeglichen wird. Für 1921 veranschlagt, trotz erheblicher Mehraufgaben durch Steuern, noch ein Überschuss von rund 600 Millionen Mark. Ursprünglich war das Defizit auf 2 1/2 Milliarden eingeschätzt. Auch bezüglich des Haushalts für 1922 muß man vor Optimismus warnen. Der Entwurf dieses Haushalts soll so zeitig vorgelegt werden, daß er noch vor Beginn des Etatsjahres verabschiedet werden kann. Mit der obersten Entscheidung zeigt die Entente, wie die Gesundung der Weltwirtschaft laubstet wird. Unter dem Eindruck dieser Darlegungen verzichtete der Hauptausfluß auf eine Gelamtausprache und wandte sich sofort der Einzelberatung zu. Im Rahmen eines Antrages der Deutschen Volkspartei, der eine Erhöhung der Beteiligung der Länder an den Reichseinkünften verlangt, kam es zu einer grundsätzlichen Aussprache über das Verhältni-

nis von Reich- und Landesfinanzen. Eine Stärkung der Finanzen der Länder wurde als unerwünscht bezeichnet. Der Minister gab beruhigende Erklärungen über den sogenannten Angestellten erlaß, der sich nur auf das Subfederalplan beziehe. Die Auswirkungserklärung zwischen Reich und Staaten wird stark gefördert, als Ergebnis soll dem Landtag ein Gesetz vorgelegt werden.

Dokumente für Gelehrte?

Unter Hamburgs Bruderblatt, das „Hamburgische Echo“, teilt folgende aufsehenerregende Dokumente mit, die ihm im Original vorliegen.

I. Sturmhaufen Teja, Sturm, Dietrich v. Bern. Kompagnie Träger.

Der Freiwillige Bernhard, Heldweil in Oberland, wird mit dem heutigen Tage entlassen.
Ort: Hamburg. Grund: Aufkl. d. I. Gem.
O. U. 26. IX. 21. (Stempel).
ges. Ziegler, Ob.-Leutn. u. Komp.-Führer.

II. Sturmhaufen Teja, Sturm, Dietrich v. Bern. Kompagnie Träger.

Der Freiwillige Martin Bernaden nebenstehender No. 17. V. bis 26. IX. 21 dieser an bei tabellierter Führung erwarb er sich das Vertrauen seiner Kameraden, sein offener Charakter, seine deutschbaltische Gesinnung verdienen besonders erwähnt zu werden.
Für seine Verdienste in Oberstleuten erhielt er d. Schlei, Nr. II. Al. m. Schm.
O. U. 26. IX. 21. (Stempel).
ges. Ziegler, Ob.-Leutn. u. Komp.-Führer.

III. Sturmhaufen Teja, Sturm, Dietrich v. Bern. Kompagnie Träger.

Vorläufiger Ausweis.
Der Freiwillige Bernhard hat die Berechtigung, den Schießschiß Nr. I. Klasse mit Schwertern zu tragen.
O. U. 25. VIII. 21. (Stempel).
Ob.-Leutn. u. Komp.-Führer.

IV. Sturmhaufen Teja, Sturm, Dietrich v. Bern. Kompagnie Träger.

Der Rittmeister R. Bernaden hat die Berechtigung, den Schießschiß Nr. I. Klasse mit Säbeln und Schwertern zu tragen.
O. U. 25. IX. 21. (Stempel).
ges. Ziegler, Ob.-Leutn. u. Komp.-Führer.

Das Reichswehrministerium hätte allen Anlaß, sich den „Sturmhaufen Teja“ näher anzusehen, wenn auch die Synapsis, deren sich gerade solche und ähnliche Organisationen bei den Herrn Minister Gelehrer „unterstützen“ Offizieren erfreuen, eine Unterbindung der Angelegenheit kaum ein besonderes Ergebnis zuzuge fördern dürfte. Bedenkt die Reichswehr, in der die „deutschbaltische Gesinnung“ übergeordnet ist, wirklich noch der Unterbindung durch Organisationen, die der Verfallung wie den Anordnungen des Reichswehrministeriums zumwiderlaufen?

Der belgische Fall.

In Belgien sind die Sozialisten wegen eines Komittees mit dem Kriegsminister aus der Regierung ausgeschlossen. Das Parlament ist aufgelöst, die Neuwahlen sind ausgeschlossen.
Mit dem Austritt der belgischen Sozialdemokraten aus der Regierung scheidet — abgesehen von Deutschland — die letzte Partei der II. Internationale aus der Regierung aus. (In der Tschecho-Slowakei sind allerdings Vertreter der

Tschecho-Slowakischen Sozialdemokratie sowohl in die Regierung eingetreten.) In den verschiedenen Parteien des Krieges haben die Sozialisten in allen parlamentarischen Regierungen geoffen. Bei der meisten siegesbitteren ist damit Schluß gemacht worden, als die Internationale als ein Rest geblieben war. In Deutschland dauerte die Zeit in der Regel bis nach dem 11. November und wurde, auch in Deutschland, die Zeit der Sozialdemokratischen Regierungsgewalt zu beenden.

Aber eben darüber schafft das Beispiel Englands, Frankreichs und Belgiens, vielleicht auch das Oesterreichs und Schwedens Klarheit, daß normaler Weise der Sozialisten politischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen die größten Hindernisse entgegenstehen. Nur in Ausnahmezeiten ist die Bourgeoisie bereit, der Sozialdemokratie Zugeständnisse zu machen, welche die Verantwortung der Regierungserantwortung durch eine Provisorium rechtfertigen. In der gewöhnlichen Politik ist das dauernde Festhalten der Sozialdemokratie an der Regierung nach altem die Grundlage als gegeben erwiesen. Das belgische Beispiel erinnert daran, daß die sozialdemokratische Teilnahme an der Regierung im bürgerlichen Staat ein Ausnahmefall und nicht die Regel ist. Ein Unglückseliger, der den allerdings im gegenwärtigen Deutschland viele Voraussetzungen unbedingt gegeben sind.

Ein Schritt der Entente.

Budapest, 24. Oktober. (M.B.). Die Vertreter der alliierten Hauptmächte überreichten der ungarischen Regierung eine Note, in der unter Berufung auf den Schritt vom 3. April 1920 der Beschluß des Völkerversammlungs vom 4. Februar 1920 in Erinnerung gebracht wird, demzufolge die Rekonstruktion eines Selbstregierenden durch die ungarische Regierung wird daher ausserordentlich aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Entfaltung des Königs zu unternehmen.

Der Minister des Äußeren, Graf Banffy, teilte den Vertretern der alliierten Hauptmächte mit, daß die ungarische Regierung in dem heute vorliegende abgefehlten Ministerialrat beschlossen habe, daran festzuhalten, daß König Karl die Herrscherrechte in Ungarn bereit zu übernehmen man könne und daher das Land unverzüglich verlassen müsse. Die ungarische Regierung habe zu diesem Zwecke alle Maßnahmen getroffen.

Den sodann vorkommenden Vertretern Rumänens, Südwestens und der Tschecho-Slowakei wiederholte Graf Banffy diese Erklärungen.

Notizen.

600 Mark für ein Goldstück. Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Bank erfolgt in der Woche vom 24. bis 30. d. Mtz. zum Preise von 600 Mark für ein 20-Markstück, 800 Mark für ein 30-Markstück, 900 Mark für ein 40-Markstück, 1000 Mark für ein 50-Markstück, 1100 Mark für ein 60-Markstück, 1200 Mark für ein 70-Markstück, 1300 Mark für ein 80-Markstück, 1400 Mark für ein 90-Markstück, 1500 Mark für ein 100-Markstück.

Das russische Konsulat in den belgischen rheinischen Gemeinden unter dem Namen „Aus-Ruß“ wird, das Sozialdemokratische „Verbandsbüro“ gemeldet, daß vertriebene Spezialisten in Belgien ausgetauscht sind. In anderen Gemeinden sind die gegnerischen Vertreter für die einheimische Bevölkerung nicht mehr zu haben. Die Erzeugung in der Bevölkerung wächst. Das Konsulat in Köln verlangt von der Reichsregierung Maßnahmen.

Staatliche Kartellstellen. Die oberdeutsche Regierung soll allen im Staatsdienst beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitern einen Zuschuß von 100 Mark pro Kopf der Familienmitglieder geben. Die Summe soll zur Aufhebung von Winterkrisen dienen. Die Regierung fordert auch die Kommunen und die weiteren Trägerebenen, auf diesem Beispiel zu folgen. Das oberdeutsche Ministerium hatte vor Kartellen ein etwa einhunderttausend Mark Zuschuß von 30 Mark pro Kopf. Da jedoch darunter kein gewinnbringendes Unternehmen vorliegt, wird die Kartellstellen wieder aufgehoben und bedingungslos zu liquidieren. Heute besteht man im oberdeutschen Bundeslande den Sommer Kartellstellen bereits mit 80 Mark und darüber.

Die Wartebentierin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Erdmann-Catharina.

Der Onkel öffnete den Schrank, brachte den Bretzelsack samt zwei Messern und sprach: „Guten Morgen, Onkel.“ Der Bauer nickte mit dem Kopf, und da der Onkel jetzt seiner Ansicht wurde, legte er lächelnd: „Jetzt, Fräulein, jetzt gib's wieder Schneeballen und Schöllen, Frau! Du bist das nicht?“ — „Ja, Onkel!“ — „Ja, ja, sei vergnügt! Man ist nie glücklicher als in Deinem Alter, Fräulein; aber mach' Deine Schneeballen nicht zu hart, die, welche ihre Schneeballen so fest machen, wollen nicht doch trennen; sie wollen Späßen tun; das sind unartige Leute.“ — „Ei, rief der Bauer mit Augen, sich, Herr Doktor, habe immer meine Schneeballen selbstgemacht.“ — „Nun, er, da hatet Ihr unrecht“, erwiderte der Onkel; „das, was weißt, daß in Eurer Natur doch etwas Böses liegt. Glücklicherweise hat Ihr das mit Reumut überwunden. Ich bin überzeugt, Ihr werdet es jetzt, daß Ihr eure Schneeballen so fest drückt.“ — „Ja, ja“, entgegnete der Bauer, der nicht wollte, was er antwortete hätte, „aber die andern machen es ebenso.“ — „Man muß sich nie von anderen bestimmen lassen; man muß tun, was und unter Ders zu tun einigt. Wie Menschen sind von Natur gut und willig, aber das böse Beispiel teilt sie fort.“

Als wie so sprachen, stehen sich einige Worte im Altonen hören. Alles schwieg und lauschte. „Wann“, murmelte der Onkel, „das ist nicht mehr die Stimme des Betrübten; es ist eine schwache, aber eine natürliche Stimme.“

Und er erhob sich und zog den Vorhang zurück. Der Bauer und die Wartebentierin sahen sich an. Die sehr blaue und sehr abgemagerte Frau schien zu schlafen; man hörte sie kaum atmen. Aber nach einem kurzen Augenblick schloß sie die Augen auf und betrachtete mit Staunen, einen um den anderen, dann den

Altonen, dann die mit Schnee bedeckten Fenster, den Schrank, die alte Uhr, dann den Hund, der vor dem Bett liegend die Pfote auf dessen Rand gesetzt hatte. Dies dauerte wohl eine Minute und endlich schloß sie die Augen wieder und der Onkel sagte ganz leise: „Sie ist wieder bei sich.“ — „Ja“, erwiderte der Bauer in bemessener Stimme; „sie hat uns gesehen, sie kennt uns nicht, und jetzt denkt sie an das, was ich eben vor Augen hab.“

Wir wollten eben wieder herausgehen, als die Frau abermals die Augen öffnete und mit Anstrengung sprechen wollte. Aber der Onkel sagte mit lauterer Stimme, jedoch mit Herzergüte: „Halten Sie sich ruhig, Madam, barmherzigen Sie sich nicht. Sie befinden sich bei Leuten, die es Ihnen an nichts fehlen lassen werden. Sie sind krank gewesen. . . Jetzt geht es besser bei Ihnen. . . Aber ich bitte Sie, haben Sie Vertrauen; Sie sind bei Freunden, bei wahren Freunden.“

Während er sprach, beobachtete ihn die Frau mit ihren großen schwarzen Augen; man sah wohl, daß sie ihn verstand. Aber trotz seiner Warnung versuchte sie nach einer kleinen Weile doch zu sprechen und sagte ganz leise: „Der Tambour. . . der kleine Tambour!“ worauf der Onkel der Bauer antwortete und ihn fragte: „Wer ist Ihr das?“

Und der Bauer, die Hand zum Kopf führend, antwortete: „Ein Ueberbleibsel vom Fieber, Doktor, ein kleines Ueberbleibsel, das wird vorübergeh.“

Aber die Frau wiederholte mit härterem Ausdruck: „Hans, der kleine Tambour!“

Ich stand voll Aufmerksamkeit auf den Zehentelken und plötzlich kam mir der Gedanke, sie werde von dem kleinen Tambour sprechen, den ich unter meinen Schuhen hatte liegen sehen am Tage des großen Treibens. Ich erinnerte mich, daß sie ihn aus dem Fenster gegenüber betrachtete, während sie seine kleinen Vollen trug, und ich sagte: „Onkel, vielleicht spricht sie von dem kleinen Tambour, welcher bei den Republikanern war.“ — „Ja, ja“, erinnerte sie, „hans, mein Bruder!“ — „Wollen Sie ruhig, Madam, machen Sie keine Bewegung.“

Ihre Hande könnte sich wieder öffnen. Bauer, riefes der Onkel näher!“

Und darauf nahm er mich unter dem Arm, hob mich zu ihr hinauf und sagte: „Fräulein, erzähle mir, was Sie zu erzählen haben. Sie erinnern sich des kleinen Tambours?“ — „O ja! Am Tag des Treibens lag er unter unserm Schuppen und der Hund zu seinen Füßen; er schlief, ich kam nicht's zu erinnern“, antwortete ich ganz verwirrt, denn die Frau bürschte mich mit ihren Händen, gerade wie sie den Onkel flegel hatte.

„Und dann, Fräulein?“ — „Dann war er mit den anderen Trommlern mitten im Bataillon, als die Revolution ankam. Und jetzt, als man das Feuer in der Straße anlegte, und als die Republikaner abgezogen, habe ich ihn ganz hinten gesehen.“ — „Dermittelt?“ rief die Frau mit einer so schwachen Stimme, daß man sie kaum verstand. — „O nein! Er hatte seine Trommel auf der Schulter und wechte im Marschieren; ein größerer sagte zu ihm: „Mühs, Courage, Keiner Angst, Courage! Aber er schien es nicht zu hören; seine Wangen waren ganz naß.“ „Weißt Du gewiß, Fräulein, daß Du ihn hab' abschießen sehen?“ fragte der Onkel. — „Ja, Onkel, ich hatte großes Mitleid mit ihm; ich sah ihn bis ans Ende des Lores naß.“

Darauf schloß die Frau die Augen nieder, und wir hörten, daß sie innerlich schluchzte. Es floßen ihr Tränen über die Wangen, eine um die andere, ganz in der Stille. Es war sehr traurig, und der Onkel sagte ganz leise zu mir: „Komm, Fräulein, man muß sie ungehört weinen lassen.“

Aber da ich gehen wollte, riefte sie die Hand aus und hielt mich, einige Worte murmelnd, zurück. Onkel Jakob verstand sie und fragte: „Sie wollen das auch haben?“ — „Ja“, erwiderte sie. Sie zog mich zu sich herab und küßte mich und schloßte dazu. „Und trübselig zu weinen an.“ — „Jetzt ist's gut“, sagte der Onkel. — „Es ist gut. Sie müssen jetzt Ruhe haben; Sie müssen sehen; daß Sie in Schlaf kommen; Sie werden wieder gesund werden. Sie werden auch Ihren jungen Bruder wiedersehen. Nur guten Mut.“ (Fort, folgt.)

Wortel-Angelegenheiten.

Die große Funktionärerschaft der G. D. D. die am Mitt...

Halbe und Gantzeisorte.

Halbe, 25. Oktober 1921

Der neue Angestelltenartikl.

50 Prozent Erhöhung der alten Satz.

Am Montag, den 24. Oktober, begannen vormittags 9 Uhr...

Die Tarifkommission wird sofort zu dem Schieds...

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Wie man gegen Döhl geht.

Bei der letzten drohenden Arbeitsfeier unserer über...

Die Vorgänge, die sich gelegentlich des Festumzuges am...

Wir beziehen darauf, alle abschließenden Verordnungen...

möchten aber den Wunsch ausdrücken, daß sich Genosse Döhl...

Um die Militärämter.

Von einem sozialdemokratischen Militärämter erhalten...

Der von Ihnen veröffentlichte Bericht der Eisenbahn...

Achtung!

Handwerksmeister.

Am Donnerstag, den 27. Oktober abends 8 Uhr findet...

- 1. Der Abgang des Kleinhandwerks und we...

In dieser Verammlung wird den Handwerksmeistern...

num, da ich auch Unterbeamter bin, denn es gibt viele...

Ich möchte aber betonen, daß auch in den Kreiten der...

Der 20-jährige Angestellte Walter Reinte hat am...

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wird gegen den...

Auf Landfriedensbruch, Einschlag an einen be...

Nach diesem ganzen Sadepferl muß § 52 eintreten...

Achtung, Buchdrucker und Hilfspersonal! Wegen Nichter...

Die Ortsverwaltung: Verband der graphischen Hilfsarbeiter...

Reitweg-Verbot und Walle in Halle. Erlaubnisschein weiß...

Stadtheater. Heute, Dienstag, Anfang, 8 Uhr, gelangt das...

Nichtöffentliche Vorstellung. Zu der am Samstag, dem...

Strassenraub. In der Nacht zum letzten Sonntag, den...

Der Wetterzug. Das Berliner Wetterbureau berichtet am Montag über die...

Advertisement for 'Mitteldeutsche Textilgesellschaft' featuring 'Spezial-Haus für Herren- und Damenstoffe' and 'Täglicher Eingang von Neuheiten!' with product details like 'Chevlot' and 'Homespun'.

